

Brot für die Welt: Neue Bundesregierung muss Armutsbekämpfung besser abstimmen



Brot für die Welt legt Jahresbilanz vor - Evangelisches Hilfswerk mahnt zukünftige Bundesregierung zu nachhaltigem Handeln

Brot für die Welt erwartet von der künftigen Bundesregierung ein besser abgestimmtes Handeln bei der weltweiten Armutsbekämpfung. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin des evangelischen Hilfswerks sagte: "Das gesamte Kabinett muss mit Blick auf nachhaltige Entwicklung künftig an einem Strang ziehen." So habe in der vergangenen Legislaturperiode etwa das Entwicklungsministerium Programme gefördert, die afrikanischen Kleinbauern höhere Einkommen ermöglichen und gleichzeitig habe das Landwirtschaftsministerium mit seiner Unterstützung für die Exportoffensive der deutschen Ernährungswirtschaft in Afrika den lokalen Bauern Absatzmärkte genommen.

Füllkrug-Weitzel erklärte bei der Präsentation der Jahresbilanz in Berlin, in der abgelaufenen Legislaturperiode habe es einige positive Entwicklungen gegeben, um Hunger, Armut und Ungerechtigkeit in der Welt zu überwinden. "Das Pariser Klima-Abkommen und die Agenda 2030 mit den nachhaltigen Entwicklungszielen sind Meilensteine für eine weltweit gerechte Entwicklung. Deutschland hat bei deren Zustandekommen eine Vorreiterrolle übernommen." Jetzt müsse die Bundesregierung auch bei deren Umsetzung mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehöre, klimaschädliche Emissionen schneller zu reduzieren.

Die neue Bundesregierung müsse sich auch dafür einsetzen, dass die Entwicklungsländer nicht noch mehr ausbluteten. Füllkrug-Weitzel: "Aus den Entwicklungsländern fließt viel mehr Geld ab, als sie durch Investitionen, Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten oder Entwicklungshilfe erhalten." Allein dadurch, dass multinationale Konzerne Steueroasen nutzten, entgingen den Staaten jährlich hunderte Milliarden Dollar Einnahmen. Dieses Geld werde für Bildung, Gesundheit und weitere Aufgaben dringend benötigt. Es komme darauf an, die weltwirtschaftlichen Beziehungen fair zu gestalten. "Deutschland sollte Vorreiter werden für eine international verträgliche Handels-, Außen-, Agrar-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik."

Mit Blick auf die Flüchtlinge, die nach Deutschland und Europa gekommen sind, kritisierte Füllkrug-Weitzel: "Die Bundesregierung hat vielfach erklärt, dass sie die Ursachen von Flucht und Vertreibung angehen will. Stattdessen geht es ihr aber eher darum, Menschen aus Europa fernzuhalten als wirklich die Ursachen zu bekämpfen." So werde ausgeblendet, dass Kriege und gewaltsame Konflikte weltweit zu den zentralen Fluchtursachen zählen. "Deutschland erlaubt Waffenexporte nach Saudi-Arabien, das sowohl im Jemen als auch in Syrien eine kriegstreibende Rolle spielt.?"

Brot für die Welt arbeitet in mehr als 90 Ländern mit lokalen Partnern zusammen. Mit Bezug auf die Arbeitsbedingungen sagte Füllkrug-Weitzel: "Partnerorganisationen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt engagieren, geraten immer öfter unter Druck. Ihnen wird die Registrierung entzogen oder der Zugang zu Geldern erschwert. Das stellt die größte Herausforderung für die internationale Projektarbeit dar."